

(Vizepräsident Spitz.)

(A) sondern werden auch unsererseits in weitestgehender Würdigung der Bedeutung der sozialen Frage alles Tunliche auf diesem Gebiete zu leisten bestrebt sein, was sich durch die Verhältnisse rechtfertigen läßt. Aber auch wenn man gegen uns den Vorwurf schleudert, wir hätten kein Verständnis für die sozialen Verhältnisse und die Entwicklung unserer Zeit insofern, als wir das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht auch unsererseits anzuerkennen bereit wären, so verstößt das gegen die Tatsachen. Auch wir wollen den Arbeitern durchaus und gern die Mittel und Wege zu dem Zwecke bereithalten und gewähren, um ihre Lage auf materiellem Gebiete tunlichst zu bessern, zu bessern auch unter mehr oder minder heftigen Kämpfen gegen Kapital und Unternehmertum.

Aber das eine setzen wir hierbei unbedingt voraus, daß die Koalitionsfreiheit, wie schon mehrfach und namentlich von meinem engeren Fraktionsgenossen Dr. Böhme sehr richtig betont worden ist, der Arbeiter an dem Punkte Halt macht, wo eine weitere Ausdehnung dieser Freiheit das Allgemeinwohl gefährdet. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, werden wir beispielsweise niemals dafür zu haben sein, daß die Gewerbeordnung im gesamten Umfange auf die Landwirtschaft als die Urproduktion und auf das Eisenbahnwesen aus-

(B) gedehnt wird.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist Ihre Arbeiterfreundlichkeit!)

Das ist meine Auffassung, eine Auffassung übrigens, die auch jeder objektiv gerichtete Arbeiter sehr wohl als sachlich und für ihn vorteilhaft anerkennen kann,

(Sehr richtig! rechts.)

soweit er überhaupt die Absicht und den Mut findet, objektiv zu urteilen.

Und nun zu den vorliegenden Maßnahmen selbst! Es steht im ganzen Hause das eine fest — und selbst die Herren auf der äußersten Linken werden nach dieser Richtung hin, wenn sie gewissenhaft prüfen, nicht mit Nein antworten können —, daß sich in der Tat auf dem Gebiete des Streikpostenstehens die Verhältnisse im Laufe des letzten Jahrzehntes so gestaltet haben, daß Wandel geschaffen werden muß, sofern nicht die Industrie in ihrer gesamten Entwicklung gefährdet werden soll.

Nun liegt aber die Sache so, daß die gegenwärtige Frage kaum in ihrer vollen Bedeutung erkannt und richtig beurteilt werden würde, wenn man sich auf die Beantwortung der Frage als solche beschränkte und es unterließe, sie im Zusammenhange mit der sozialen Entwicklung in Betracht zu ziehen. Tut man das so wird man

ohne weiteres erkennen, daß die Frage, die wir heute behandeln, eigentlich nur eine Episode in einem sehr viel größeren Kampfe ist,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

nämlich in dem Kampfe, der von der Sozialdemokratie einmal gegen den Staat insofern geführt wird, als dort die Autorität untergraben wird, und daß man dann — das ist hier das Wesentlichste — dasselbe Experiment gegen den Unternehmer macht, indem man den Unternehmer in seiner eigenen Fabrik zu entrechteten trachtet.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun läßt es sich ja vom sozialdemokratischen Standpunkte aus verstehen, wenn man nach dieser Richtung hin das Äußerste versucht, vorausgesetzt, daß Sie imstande wären, eine Organisation, die Sie auf diese Weise offenbar zertrümmern, durch eine andere zu ersetzen. Denn wir wissen ja, daß in dieser Beziehung das System der kollektivistischen und kommunistischen Gütererzeugung empfohlen wird. Aber ich glaube, es ist kaum einer unter den 26 Sozialdemokraten dieses Hauses, der dieses Problem als etwas anderes als ein Ammenmärchen ansähe. Wenn der Herr Abgeordnete Fleißner insonderheit unlängst erklärt hat: „Auch wir haben Fortschritte in unseren Ansichten gemacht“, warum soll sich das nicht darauf bezogen haben, daß diese Änderung der Ansichten über den Kollektivismus nachgerade nicht bloß bei den Führern, sondern bis tief hinein in die Reihen der Anhänger Platz gegriffen hat? Wenn aber feststeht, daß die Endziele, die Sie früher verfolgt haben, nicht mehr als maßgebend anerkannt werden, dann meine ich, daß es ein unverantwortliches Vorgehen gegen das Unternehmertum ist, wenn Sie dieses Unternehmertum in einen Kampf um seine Existenz verwickeln. Denn dieser Existenzkampf, unglücklich durchgeführt, wird nichts anderes als den Rückgang unserer Industrie bedeuten, und das ist an sich ein großes Unglück, das größte Unglück aber ist es für die davon betroffenen Arbeiter. Ich bitte, doch die weiteren Wirkungen Ihres Vorgehens sich wenigstens einigermaßen vergegenwärtigen zu wollen. Tun Sie das — und ich zweifle nicht, daß Sie intelligent genug sind einzusehen, daß die Folge eines derartigen Vorgehens im letzten Grunde an der Arbeiterwelt selbst ausgeht, dann wird auch bei Ihnen die gegenwärtige Frage in einem ganz anderen Licht erscheinen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nach alledem kann es sich bloß noch darum handeln, welche Mittel zu ergreifen sind, um die gefahrdrohende Lage auf diesem Gebiete zu beseitigen. Dieses ist der